

Ausführungen zu den vorgelegten Fragen (Dr. Ulrike Mahlknecht – Arbeitsgruppe Nr. 4)

1. Ist der Proporz ein geeignetes Instrument, um Arbeitsplätze für Südtiroler zu sichern bzw. zu schaffen und was würde geschehen, wenn der Proporz aufgehoben werden würde?

Der Proporz selbst schafft keine Arbeitsplätze, sondern seine Aufgabe ist es, die gleichmäßige Verteilung der öffentlichen Stellen zwischen den drei Sprachgruppen – nach jeweiligem Anteil in der Bevölkerung – zu sichern. Zu einer gleichmäßigeren Verteilung hat die Durchführungsbestimmung Nr. 752 („Proporzdekret“) aus dem Jahr 1976 sehr viel beigetragen, auch wenn das angepeilte Ziel von damals, nämlich eine saubere Verteilung innerhalb von dreißig Jahren, nicht überall erreicht wurde.

Um sich die Folgen, die durch eine Aufhebung der Proporzregelung entstehen könnten, auszumalen, reicht ein Blick zurück in die Geschichte. Zwischen dem Inkrafttreten des Autonomiestatus 1972, wo feststand, dass der Proporz kommen würde, und dem Jahr 1976, in dem die detaillierte Proporzregelung tatsächlich in Kraft trat, wurden noch eiligst Personal und Führungskräfte aus anderen Provinzen eingestellt – viele auch noch am Tag vor dem Inkrafttreten des Dekretes – und damit die Stellen für Jahrzehnte besetzt.

Bei einer Aufhebung des Proporztes wären heute wohl u. a. mit diesen Folgen zu rechnen:

- aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit im restlichen Staatsgebiet gäbe es einen verstärkten Andrang auf alle öffentlichen Stellen und bei öffentlichen Körperschaften (Staatsverwaltungen, Landesverwaltung, Landtag, Sanitätsbetrieb, Gemeinden, Bezirksgemeinschaften usw.);
- infolgedessen weniger deutsch- und ladinischsprachiges Personal im öffentlichen Dienst, mit dementsprechenden Folgen – trotz Zweisprachigkeitspflicht – für die Bürger, die die deutsche Sprache in den Ämtern verwenden möchten;
- verstärkte Ausbildung einer italienischsprachigen Führungsschicht, vor allem in den staatlichen Verwaltungen und Körperschaften;
- verstärkter Druck auf den bereits angespannten privaten Arbeitsmarkt von Seiten der hier ansässigen Bevölkerung aufgrund der geringeren Arbeitsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst.

2. Schützt der Proporz auch die italienische Volksgruppe in Südtirol? Wenn ja, inwiefern?

Der Proporz wurde eingeführt, um die deutsch- und ladinischsprachige Minderheit in Südtirol zu schützen und ihnen den Zugang zu den öffentlichen Stellen zu ermöglichen. Bereits im Pariser Vertrag von 1946 ist von einer „angemesseneren“ Verteilung der Beamtenstellen zwischen den beiden Volksgruppen – die Ladiner wurden leider nicht berücksichtigt – die Rede. Es galt einiges aufzuholen, schließlich waren 1972 laut offiziellen Daten nur 15 Prozent der Beamten der Staatsstellen deutsch- oder ladinischsprachig.

Aufgabe des Proporztes ist es also nicht unbedingt die italienische Sprachgruppe zu schützen, sondern für sie die Stellen nach ihrem Anteil in der Bevölkerung verfügbar zu halten. Vor allem in den staatlichen Verwaltungen und Einrichtungen sowie in den halbstaatlichen Körperschaften, aber auch in einigen Einrichtungen des Landes gibt es laut den vorhandenen Daten auch nicht das Problem, dass die italienische Volksgruppe in den öffentlichen Ämtern irgendwie unterrepräsentiert wäre, im Gegenteil. Die italienische Sprachgruppe könnte sehr viel mehr Stellen besetzen, wenn es ihr ermöglicht würde.

Problematisch auch für die italienische Sprachgruppe sind allerdings opportunistisch abgegebene Sprachgruppenzugehörigkeitserklärungen, und zwar sehr gerne von Personen aus dem restlichen Staatsgebiet, aber auch von in Südtirol Ansässigen. Dadurch gehen nicht nur der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung öffentliche Stellen verloren, sondern es entsteht neben einem

allgemeinen Glaubwürdigkeitsverlust des gesamten Systems und viel Unmut auch ein Konfliktpotential innerhalb der italienischen Sprachgruppe zwischen jenen, die sich korrekt der italienischen Sprachgruppe zugehörig erklären und jenen, die sich opportunistisch erklären.

Damit Proporz und Sprachgruppenzugehörigkeit nicht zum Spielball von opportunistischen Überlegungen werden, wäre es meiner Ansicht nach dringend erforderlich, dass die Sprachgruppenzugehörigkeit aus den sensiblen Daten herausgenommen wird und im Zuge der Wettbewerbe auch wie Name oder Geburtsdatum veröffentlicht wird. Die Sprachgruppenzugehörigkeit sollte keinem besonderen Schutz mehr unterliegen, denn die Geheimhaltung schützt solch ungute Situationen wie oben beschrieben.

Eine weitere mir unabdingbar erscheinende Lösung wäre die Vorschrift, dass die Wettbewerbe in jener Sprache zu absolvieren sind, die in der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung angegeben ist. Dazu war bereits im Jahr 2000 ein Anlauf von Seiten des Landtages gemacht worden, allerdings wurde damals von Rom signalisiert, dass dies nicht durchführbar sei. Dieser Anlauf sollte wiederholt werden, um die Glaubwürdigkeit des Konstrukts der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung zu retten.

3. Kann man aus Ihrer Sicht den Proporz abschaffen?

Der Proporz ist zwar nicht das Allheilmittel, aber trotz aller Mängel und kreativen Verrenkungen ist er immer noch ein wichtiger Schutz für die deutsch- und ladinischsprachige Minderheit in Südtirol. Er hat seine "Arbeit" getan, unabhängig davon ob eine autonomiefeindliche oder -freundliche Regierung in Rom an der Macht war. Gerade in Zeiten, wo im restlichen Staatsgebiet personelle Überkapazitäten bestehen, die im Zuge von Sparmaßnahmen abgebaut werden müssen und Personal gerne nach Südtirol versetzt wird, da hier häufig noch die Stellen der deutsch- und ladinischsprachigen Minderheiten verfügbar sind, ist eine eventuelle Abschaffung des Proporztes im öffentlichen Dienst sehr problematisch. Der Einstellungsstopp in der öffentlichen Verwaltung hat die Situation noch schwieriger gemacht, da kaum neue Wettbewerbe ausgeschrieben werden und der Druck, bereits vorhandenes Personal aus anderen Provinzen in Südtirol aufgrund von Personalmangel einzustellen, gestiegen ist.

Sehr gerne wird von Proporzkritikern das Verdienstprinzip in den Raum geworfen und dass nicht der beste Kandidat die Stelle antreten könne, da er die falsche Sprachgruppe besitze. Nur unterliegt auch dieses Verdienstprinzip in öffentlichen Wettbewerben leider häufig subjektiven Kriterien. Je höher die Berufs- und Führungsebene ist, desto mehr spielen bei der Entscheidung auch andere Faktoren als nur rein fachliche, berufliche oder soziale Qualifikationen eine tragende Rolle. In Einzelfällen mag es vorkommen, dass aufgrund der Sprachgruppe tatsächlich ein wirklich objektiv schlechterer Kandidat genommen werden muss, ansonsten wird dieses Argument meiner Einschätzung nach gerne dort öffentlich aufgeköcht, wo der Wunschkandidat nicht die richtige Sprachgruppe besitzt.

Der Proporz, der für Frieden gesorgt hat, sollte daher nicht einem nicht immer konsequent verfolgten Verdienstprinzip geopfert werden. Allerdings wird man mit der Zeit um eine neue Ausgestaltung nicht herumkommen, auch aufgrund der Zuwanderung und des Unverständnisses vieler Zuwanderer, sich einer fremden Sprachgruppe angehörig zu erklären.

Eine glaubwürdige Proporzregelung braucht unbedingt eine stärkere und „schlagkräftigere“ Kontrolle. Dabei denke ich weniger an eine finanzielle oder personelle Ressourcenaufstockung, stattdessen vielmehr die Ansiedlung der Kontrolltätigkeit bei einer einzigen Stelle innerhalb der Exekutive, die rasch und respekt einflößend eingreifen kann. Derzeit ist für die Überwachung des Proporztes bei den staatlichen Verwaltungen und Einrichtungen die bei der Arbeitslandesrätin

angesiedelte Landesabteilung Arbeit zuständig, wobei das beim Landeshauptmann angesiedelte Amt für Kabinettsangelegenheiten die Überwachung der Zweisprachigkeit ausübt. Beide Ämter müssen ihrerseits zur Einleitung von rechtlichen Schritten mit der Anwaltschaft zusammenarbeiten. Dazu kommt es im Zuge der Zusammenarbeit unweigerlich zu Überschneidungen, Unklarheiten bei den Kompetenzen und zu Zeit- und Informationsverlusten. Zudem gilt es auch noch den Proporz in der Landesverwaltung, Sanitätsbetrieb und anderen Landeseinrichtungen und, falls dazu verpflichtet, auch bei Konzessionären des Landes zu überwachen.

Daher schlage ich eine Zusammenlegung der Kontrolltätigkeit zu Proporz und Zweisprachigkeit und die Ansiedelung bei einer zentralen Stelle vor, die – den politischen Rückhalt vorausgesetzt – angesichts von knappen Rekursfristen unverzüglich und unmittelbar handeln kann.

4. Möglichkeiten der Flexibilisierung des Proporz bei den derzeitigen Bestimmungen und notwendige rechtliche Nachjustierungen.

Laut „Proporzdekret“ können bei den Staatsverwaltungen jene Stellen, wo es zu wenige geeignete Bewerber einer Sprachgruppe gibt, durch Bewerber der anderen Sprachgruppen besetzt werden. Allerdings darf die jeweilige Sprachgruppe nicht ihren zustehenden Anteil überschreiten, außer bei unaufschiebbaren Diensterfordernissen bis zu höchstens drei Zehnteln der nicht besetzten Stellen. Bei öffentlichen Körperschaften wie Post, Eisenbahn oder Landesagenturen (z. B. Zollagentur oder Agentur der Einnahmen) ist bei unaufschiebbaren Diensterfordernissen sogar eine Überschreitung bis zu fünf Zehnteln erlaubt. Bei den darauffolgenden Einstellungen ist das Ungleichgewicht wieder auszugleichen.

Diese großzügige Regelung, die den Verwaltungen und Körperschaften viel Flexibilität erlaubt, führt in der Praxis regelmäßig zu verschiedenen Problematiken, von denen ich hier nur einige skizziere:

- Es sinkt die Bereitschaft der Verwaltungen und Körperschaften, Anstrengungen zu unternehmen, um auch deutsch- und ladinischsprachiges Personal zu finden.
- Das Einvernehmenskomitee, das dem flexiblen Proporz zustimmen muss, kann objektiv kaum bewerten, ob die Diensterfordernisse wirklich unaufschiebbar sind, denn diese müssten nachgewiesen werden.
- Der Ausgleich, der bei den nächsten Wettbewerben erfolgen müsste, findet meist nicht statt und das auch bei besten Absichten nicht, da es aufgrund des Personalstopps wenig Wettbewerbe gibt. Im Gegenteil: Mit neuen Wettbewerben verschärft sich oft noch das Problem, da es meist immer genügend italienischsprachige geeignete Kandidaten gibt und der Druck, diese aufzunehmen, damit sogar noch steigt und wiederum mit unaufschiebbaren Diensterfordernissen begründet wird.
- Um den gesetzlich vorgesehenen Ausgleich zu schaffen, dürften bei künftigen Wettbewerben kaum mehr Stellen für die italienische Sprachgruppe vorgesehen werden, da diese bei den staatlichen Verwaltungen und Körperschaften so gut wie überall überrepräsentiert ist und es großen Aufholbedarf für die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung gibt. Falls daher Wettbewerbe ohne Stellen für die italienische Sprachgruppe ausgeschrieben werden müssten, käme es unweigerlich zu Protesten italienischer Parteien und Politiker.

Aufgrund dieser skizzierten Problematiken gehe ich nicht davon aus, dass eine weitere Flexibilisierung dieser bereits sehr großzügigen Regelung sinnvoll ist. Falls rechtliche Nachjustierungen erwogen werden, sollten diese meiner Ansicht nach die individuelle Situation der betreffenden Körperschaften und deren Grad an Bemühungen, Personal aus allen drei Sprachgruppen zu finden um den gesellschaftlichen, sprachlichen und kulturellen Realitäten dieses Landes Respekt und Tribut zu zollen, berücksichtigen. Die Versuchung der Verwaltungen und Körperschaften, auswärtiges Personal, geschmückt mit angeblich besonderen Qualifikationen,

welche vermeintlich innerhalb von Südtirol nicht zu finden sind, hierher zu versetzen, ist ansonsten zu groß.

5. Möglichkeiten der Überprüfung der Sprachenkompetenz seitens der jeweiligen Wettbewerbskommissionen.

Die Wettbewerbe sollten in erster Linie die fachliche, berufliche und soziale Eignung der Kandidaten für die jeweilige Stelle feststellen und keine Sprachprüfung darstellen. Südtirol ist sehr sprachenfixiert, darüber sollte aber der Inhalt, um den es eigentlich geht, nicht vergessen werden.

Da es bereits die Prüfung zur Erlangung des Zweisprachigkeitsnachweises gibt, sollte die Sprachenkompetenz auch bei jener Prüfung, eventuell auch in einer anderen Ausformung, fachgerecht überprüft werden. Ein Fragezeichen ist diesbezüglich bei jenen Zertifikaten, die als äquivalenter Zweisprachigkeitsnachweis gewertet werden, zu setzen.

Ich stehe dem Vorschlag der Überprüfung der Sprachenkompetenz aus folgenden Gründen eher skeptisch gegenüber:

- Mit dem offiziell anerkannten Zweisprachigkeitsnachweis sollte die Sprachkompetenz bereits nachgewiesen sein. Wie kann eine z. B. technische Fachkommission, die im Gegensatz zur Zweisprachigkeitskommission aller Wahrscheinlichkeit nicht aus Sprachexperten besteht, vielleicht selbst keine anerkannten Sprachnachweise besitzt und vielleicht auch nicht sattelfest in beiden Sprachen ist, den Kandidaten aufgrund seiner Sprachkompetenz durchfallen lassen oder niedriger bewerten?
- In vielen Bereichen – z. B. im medizinischen Bereich – würde dies den Mangel an speziellen Fachkräften noch weiter verstärken, sodass sowieso wieder auf Sonderlösungen zurückgegriffen werden müsste.
- Dieser Vorschlag würde dem dringend anzudehenden Vorschlag, dass die Kandidaten in jener Sprache die Prüfung abzulegen haben, der sie sich zugehörig erklärt haben, entgegenlaufen bzw. diesen verwässern.
- Die Möglichkeit, einen öffentlichen Wettbewerb auf italienischem Staatsgebiet – und zwar auch für hoheitliche Aufgaben – vollständig in deutscher Sprache ablegen zu dürfen, verleiht der deutschen Sprache einen ganz besonderen Stellenwert im Staatsgebiet. Dies ist ein extrem hohes Gut, dessen Opferung sehr gut überlegt werden sollte.

Considerazioni sulle domande poste (dott.ssa Ulrike Mahlknecht – gruppo di lavoro n. 4)

1. La proporzionale costituisce uno strumento adeguato per garantire ovvero creare posti di lavoro per gli altoatesini, e che cosa accadrebbe se venisse abolita?

La proporzionale non crea posti di lavoro, ma serve a garantirne un'equa distribuzione dei posti pubblici fra i tre gruppi linguistici secondo la loro percentuale della popolazione complessiva. La norma di attuazione n. 752 del 1976 (il cosiddetto decreto sulla proporzionale) ha contribuito moltissimo a una più equa distribuzione, anche se il fine allora perseguito - una corretta distribuzione dei posti entro trent'anni - non è stato raggiunto in ogni ambito.

Per immaginare le possibili conseguenze dell'eventuale abolizione di questa norma basta guardare indietro nella storia. Fra l'entrata in vigore dello Statuto di autonomia nel 1972 - quando fu certo che ci sarebbe stata la proporzionale - e il 1976, anno in cui la normativa dettagliata entrò effettivamente in vigore, furono ancora assunti in gran fretta personale e dirigenti provenienti da altre province (molti ancora il giorno precedente l'entrata in vigore del decreto), occupando così quei posti per decenni.

Abolendo oggi la proporzionale avremmo quasi certamente, fra l'altro, le seguenti conseguenze:

- a causa dell'alta disoccupazione nel resto d'Italia, più forte concorrenza nell'accesso a tutti i posti in enti pubblici (amministrazioni statali, amministrazione e Consiglio provinciali, Azienda sanitaria, Comuni, Comunità comprensoriali ecc.);
- dunque meno personale di lingua tedesca e ladina nel servizio pubblico, con le relative conseguenze - nonostante l'obbligo del bilinguismo - per i cittadini che vogliono servirsi del tedesco negli uffici;
- espansione di una classe dirigente di lingua italiana, soprattutto nelle amministrazioni e negli enti statali;
- in conseguenza delle minori possibilità di lavoro nel servizio pubblico per la popolazione locale, inasprimento della concorrenza sul già difficile mercato del lavoro privato.

2. La proporzionale tutela anche il gruppo linguistico italiano in Alto Adige? Se sì, in che misura?

La proporzionale è stata istituita per tutelare la popolazione di lingua tedesca e ladina in Alto Adige e permetterle di accedere ai posti pubblici. Già l'accordo di Parigi del 1946 parla di una "più soddisfacente distribuzione degli impieghi tra i due gruppi etnici" - purtroppo non si tenne conto dei ladini. Bisognava correggere un grande squilibrio: infatti secondo i dati ufficiali, nel 1972 solo il 15% dei dipendenti nei posti statali era di lingua tedesca o ladina. Il gruppo linguistico italiano potrebbe occupare molti posti ancora, se fosse messo in condizioni di farlo.

Pertanto il fine della proporzionale non è in linea di principio tutelare il gruppo linguistico italiano, ma assicurare a esso certi posti in base alla sua consistenza numerica. Secondo i dati disponibili, nelle amministrazioni e istituzioni statali, negli enti parastatali ma anche in alcune istituzioni provinciali, il problema di una qualche sottorappresentazione del gruppo etnico italiano negli uffici pubblici non si pone - al contrario. Il gruppo linguistico italiano potrebbe occupare molti più posti, se fosse messo in condizioni di farlo.

Comunque, le dichiarazioni di appartenenza a un gruppo linguistico rilasciate opportunisticamente, spesso da persone di altre province ma anche da residenti in Alto Adige, sono problematiche anche per il gruppo italiano. Infatti ne consegue non solo una perdita di posti pubblici a danno della popolazione tedesca e ladina: oltre a una perdita generale di credibilità dell'intero sistema e a molto malumore, ne consegue anche un potenziale di conflitto nel gruppo linguistico italiano - fra chi correttamente si dichiara appartenente al proprio gruppo, e chi si dichiara con criteri opportunistici.

A mio parere, per impedire che proporzionale e dichiarazione di appartenenza a un gruppo linguistico diventino strumenti da usare opportunisticamente, sarebbe urgente e necessario che la dichiarazione di

appartenenza non rientrasse più fra i dati sensibili, e nell'ambito dei concorsi fosse pubblicata come il nome o la data di nascita. L'appartenenza a un gruppo linguistico non dovrebbe più essere sottoposta a questa tutela, perché la segretezza finisce per favorire le situazioni negative di cui sopra.

Un'ulteriore soluzione che mi appare indispensabile sarebbe l'obbligo di svolgere i concorsi nella lingua indicata nella dichiarazione di appartenenza. Già nel 2000 il Consiglio provinciale aveva iniziato ad attivarsi in questo senso: ma Roma aveva segnalato che non si poteva fare. Ora si dovrebbe ripetere quel tentativo, per salvare la credibilità istituzionale della dichiarazione di appartenenza.

3. Dal suo punto di vista, si può abolire la proporzionale?

La proporzionale non è un toccasana, ma nonostante i suoi diversi limiti e le "contorsioni creative" resta un importante strumento di tutela per la minoranza di lingua tedesca e ladina in Alto Adige. Ha svolto la sua funzione, indipendentemente dal fatto che a Roma il Governo fosse favorevole o sfavorevole all'autonomia. Proprio ora che nel resto d'Italia c'è un notevole eccesso di personale da ridurre nell'ambito delle misure di risparmio, e considerando che si tende a trasferire personale in Alto Adige perché qui rimangono tuttora dei posti spettanti alle minoranze tedesca e ladina, l'eventuale abolizione della proporzionale nel servizio pubblico appare molto problematica. Il blocco delle assunzioni nell'amministrazione pubblica ha ulteriormente aggravato la situazione, perché quasi non si tengono nuovi concorsi, e la carenza di personale in Alto Adige aumenta la tendenza a reperire personale dal resto d'Italia.

I critici della proporzionale sostengono il principio del merito: spesso col sistema attuale il posto non andrebbe al miglior candidato perché appartenente al gruppo linguistico sbagliato. Solo che spesso, purtroppo, nei concorsi pubblici il principio del merito è sottoposto a criteri soggettivi. Più alto è il livello professionale e dirigenziale, più la decisione è determinata anche da fattori diversi dalle qualificazioni specialistiche, professionali o sociali. In singoli casi può succedere che l'appartenenza a un gruppo linguistico obblighi ad assumere un candidato oggettivamente peggiore; a mio parere però, di regola quest'argomento è sbandierato in pubblico quando il candidato che si sostiene non è del gruppo linguistico giusto.

Pertanto la proporzionale, che è servita a mantenere la pace fra i gruppi etnici, non dovrebbe essere sacrificata a un principio di merito non sempre coerentemente perseguito. D'altra parte in futuro non si potrà evitare di riformarla, anche a causa dell'immigrazione e della conseguente incomprendenza di molti immigrati per l'obbligo di dichiararsi appartenenti a un gruppo linguistico diverso dal proprio.

Una normativa credibile sulla proporzionale abbisogna assolutamente di un controllo più forte e "potente". Al riguardo non penso tanto a un aumento delle risorse finanziarie o di personale. Piuttosto la funzione di vigilanza dovrebbe essere conferita a un unico ufficio entro l'esecutivo, che possa intervenire rapidamente e con autorevolezza. Attualmente la vigilanza sulla proporzionale nelle amministrazioni e istituzioni statali spetta alla ripartizione provinciale lavoro, di competenza dell'assessora al lavoro, e la vigilanza sul bilinguismo all'ufficio affari di gabinetto, collocato presso il presidente della Provincia. Inoltre entrambi gli uffici, per compiere dei passi giuridici, devono collaborare con l'avvocatura. E in questa collaborazione, inevitabilmente si hanno sovrapposizioni, incertezze sulle competenze e perdite di tempo e d'informazioni. Infine si deve vigilare anche sulla proporzionale nell'amministrazione provinciale, nell'Azienda sanitaria, in altre istituzioni provinciali e presso i concessionari dell'ente Provincia. Pertanto propongo di riunire l'attività di vigilanza su proporzionale e bilinguismo e collocarla in un ufficio centrale che, considerando i ristretti termini per i ricorsi, possa operare immediatamente e direttamente - a condizione di avere l'appoggio politico.

4. Possibilità di una flessibilizzazione della proporzionale nell'ambito delle disposizioni attualmente vigenti e riaggiustamenti normativi necessari.

Ai sensi del decreto sulla proporzionale, nelle amministrazioni statali i posti per coprire i quali non bastano gli aspiranti di un certo gruppo linguistico possono essere coperti con aspiranti dell'altro gruppo. Comunque nessun gruppo linguistico può superare la percentuale a esso spettante - eccetto, per improrogabili esigenze di servizio, un massimo di 3/10 dei posti non coperti. In enti pubblici come le Poste, le ferrovie o le agenzie provinciali (come l'Agenzia delle dogane e l'Agenzia delle entrate), per improrogabili esigenze di servizio si può arrivare addirittura a 5/10 dei posti non coperti. Nelle assunzioni posteriori il rapporto dev'essere riequilibrato.

Questa normativa generosa, che consente grande flessibilità ad amministrazioni ed enti, nella pratica comporta regolarmente diversi problemi. Di seguito ne indico solo alcuni.

- Diminuisce la disponibilità di amministrazioni ed enti a sforzarsi di trovare anche personale di lingua tedesca e ladina.
- Il comitato d'intesa che deve approvare la proporzionale flessibile non è obiettivamente in grado di valutare se le esigenze di servizio sono veramente improrogabili, perché semmai bisognerebbe dimostrarlo.
- Il riequilibrio che dovrebbe avvenire coi concorsi successivi di regola non avviene - neanche con le migliori intenzioni, perché in conseguenza del blocco delle assunzioni si tengono pochi concorsi. Al contrario: i nuovi concorsi spesso aggravano il problema, perché quasi sempre c'è un numero sufficiente di candidati idonei di lingua italiana. Così la pressione ad assumerli aumenta ulteriormente, ed è ancora una volta motivata con improrogabili esigenze di servizio.
- Per realizzare il riequilibrio previsto dalla legge, i concorsi futuri dovrebbero prevedere pochissimi posti per candidati di lingua italiana, perché questi sono sovrarappresentati praticamente dappertutto nelle amministrazioni ed enti statali, e la popolazione di lingua tedesca e ladina ha molto da recuperare. Se per questo motivo si dovessero indire concorsi senza posti per il gruppo linguistico italiano, inevitabilmente partiti e politici italiani protesterebbero.

Per queste diverse ragioni non considero opportuna un'ulteriore flessibilizzazione di una normativa già molto generosa. Se si vogliono considerare adeguamenti giuridici, questi secondo me dovrebbero tener conto della situazione specifica degli enti interessati, e dell'intensità dei loro sforzi per trovare personale di tutti e tre i gruppi linguistici al fine di rispettare le caratteristiche sociali, linguistiche e culturali di questa provincia. Diversamente è troppo grande la tentazione di amministrazioni ed enti di trasferire in Alto Adige personale da altre province, attribuendogli presunte qualificazioni particolari dichiarate irreperibili in Alto Adige.

5. Possibilità di verifica delle competenze linguistiche da parte delle commissioni di concorso.

I concorsi dovrebbero appurare in primo luogo l'idoneità tecnica, professionale e sociale dei candidati, non la loro idoneità linguistica. L'Alto Adige è molto fissato sulle lingue: ma non si dovrebbero dimenticare i contenuti di cui effettivamente si tratta.

Siccome c'è già un esame per l'attestato di bilinguismo, la competenza linguistica dovrebbe essere verificata a regola d'arte in quella sede, eventualmente anche in una forma diversa dall'attuale. Al riguardo bisogna mettere in discussione i diplomi considerati equivalenti all'attestato di bilinguismo.

Sono piuttosto scettica sulla proposta di verificare la competenza linguistica, per i motivi seguenti.

- L'attestato di bilinguismo dovrebbe già dimostrare la competenza linguistica. Ad esempio, come può una commissione tecnica - diversamente da quella per gli esami di bilinguismo, probabilmente non composta da esperti di lingua ma magari da persone senza un diploma di lingua riconosciuto, né ferrate in entrambe le lingue - bocciare o valutare meno positivamente un candidato per carenze linguistiche?
- In molti ambiti – p.es. in quello medico – ciò aggraverebbe ulteriormente la carenza di personale specializzato, e così bisognerebbe ricorrere ad altre soluzioni d'eccezione.
- Questa proposta contraddice o almeno annacqua quella su cui si dovrebbe assolutamente puntare, e cioè che i candidati debbano sostenere l'esame nella lingua del gruppo a cui hanno dichiarato di appartenere.
- La possibilità di sostenere, in Italia, un concorso pubblico interamente in tedesco – e per funzioni di alto livello – conferisce alla lingua tedesca in territorio italiano un'importanza del tutto particolare. È un bene veramente preziosissimo, e si dovrebbe riflettere con grande cura prima di sacrificarlo.